



## Inhaltsverzeichnis

21.10.2025	Bayerischer Rundfunk: Forschungsreaktor Garching: Weiter mit hochangereichertem Uran?	3
20.10.2025	abendzeitung-muenchen.de: Bei Landshut: Zwischenlager für Atommüll – aber für wie lange?	5
21.10.2025	Heilbronner Stimme Stadtausgabe: Mehrheit sieht Zwischenlager gelassen	7

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Bayerischer Rundfunk

## Forschungsreaktor Garching: Weiter mit hochangereichertem Uran?

21. Oktober 2025 05:14 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Wie lassen sich radioaktive Medikamente zur Krebsbehandlung herstellen? Wie docken Medikamente im Körper an, und wie wirken sie dort? Unter anderem solche Fragen werden am Forschungsreaktor Garching bei München untersucht – und zwar mithilfe von Neutronen. Um die Neutronen zu erzeugen, arbeiten die Forscher mit hochangereichertem Uran, das in Reaktor-Brennstäben enthalten ist, in denen dann auch die **Atomspaltung** stattfindet. Doch um dieses Uran gibt es Streit.

Weltweit nur wenige Forschungsreaktoren Denn: Nach fünfjährigem Stillstand wegen Reparaturen soll der Reaktor demnächst wieder in Betrieb gehen – mit hochangereichertem Uran. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in München hatte das vergangene Jahr genehmigt. Neutronen können nur durch **Atomspaltung** erzeugt werden. "Nur an wenigen Forschungsreaktoren weltweit kann man das herstellen", sagt der stellvertretende wissenschaftliche Direktor des Garchinger Forschungsreaktors, Michael Schulz. Über 2.000 Krebspatienten konnte laut Schulz schon geholfen werden. Auch Bayerns Wissenschaftsminister Markus Blume (CSU) lobt: Der Forschungsreaktor in Garching sei die "weltweit erfolgreichste und leistungsfähigste Forschungsinfrastruktur", wo mit schnellen Neutronen gearbeitet werde.

Streit um Anreicherungsgrad des Urans Von den Grünen im Landtag kommt Kritik: "In anderen Ländern ist das längst kein Problem mehr, mit niedrig angereichertem Uran den Betrieb zu fahren. Da machen wir uns ja international lächerlich, wenn wir das über die Jahre nicht hinbekommen", sagt die Landtagsabgeordnete Claudia Köhler. Die Technische Universität München (TUM), die den Reaktor betreibt, räumt ein: Weltweit wurden in den vergangenen Jahren 72 Forschungsreaktoren auf niedrig angereichertes Uran umgestellt, unter anderem ein Reaktor in Ghana.

Diskussion um **atomwaffenfähiges** Material Umweltschützer wie der Bund Naturschutz

oder das Umweltinstitut München kritisieren, dass der Reaktor mit **atomwaffenfähigem** Material betrieben werde. Der Stoff könne "auch für **Atombomben** missbraucht werden", sagt Hauke Doerk vom Umweltinstitut München. Der Vorsitzende des Bund Naturschutz, Richard Mergner, fordert die TU auf, sich an "internationalen Konsens" zu halten, wonach Forschungsreaktoren auf niedrig angereichertes Uran umrüsten müssten.

Umrüstung sehr aufwändiger Prozess Doch der technische Direktor des Forschungsreaktors, Axel Pichlmaier, rechnet frühestens "Anfang der 2030er Jahre" mit einer Umrüstung. In Garching sei das

"deutlich aufwändiger und technisch anspruchsvoller" als bei anderen Reaktoren, weil man spezielle, besonders kleine Brennstäbe benötigt: "Diese Brennelemente gibt es auf der ganzen Welt noch nicht, die müssen komplett neu entwickelt werden", so Pichlmaier.

Bayerische Regierung sieht keine Eile Europaweit gebe es neben dem Garching drei weitere Forschungsreaktoren, die auf niedrig angereichertes Uran umstellen, so die TU. In Belgien sei man "kurz davor", allerdings mit größeren Brennstäben. Die beiden Reaktoren in Frankreich hätten laut TU eine "ähnliche Zeitschiene" wie Garching. Wissenschaftsminister Blume sieht bei der Uranfrage keine Eile: "Das Ziel muss sein, dass der Forschungsreaktor so schnell wie möglich wieder für die Forschung zur Verfügung steht, und alles Weitere wird man dann, wenn er wieder am Netz ist, entscheiden können."

Ungelöstes **Atommüll**-Problem Auch um den **Atommüll**, der über die Jahre angefallen ist, gibt es Streit. Laut TU lagern in dem Reaktor 48 abgebrannte Brennstäbe, womit die Lagerkapazität von 50 fast ausgeschöpft ist. Sie sollen noch dieses Jahr in ein Zwischenlager ins nordrhein-westfälische Ahaus transportiert werden. Das kann Köhler von den Grünen nicht nachvollziehen: "Auf Vorrat jetzt mal Platz zu schaffen, nachdem man es mehrere Jahre nicht geschafft hat, den Reaktor wieder zum Laufen zu bekommen, das ist für mich indiskutabel." Laut TU wurde der Vertrag mit Ahaus bereits vor 25 Jahren geschlossen. Auch das **Bundesamt** für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung** (BASE) hat grünes Licht für zwei anstehende Transporte gegeben. Zum Artikel:

---

## Bei Landshut: Zwischenlager für Atommüll – aber für wie lange?

Die Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle im Landkreis Landshut könnte sich noch lange ziehen. Denn die Endlager-Frage für den Atommüll aus den Kernkraftwerken ist noch nicht geklärt.

Zwischenlager-Leiter Markus Luginer öffnet die letzte von vielen Türen vom Kraftwerkseingang bis zum Aufbewahrungsort für die hoch radioaktiven Abfälle aus den Kernkraftwerken Isar (KKI) I und II im Landkreis Landshut. Ein kurzer Blick auf die etwa sechs Meter hohen Castor-Behälter.

Seit 2007 wurden sie nach und nach auf Schienen in die Halle gefahren und mit einem Kran abgestellt. 95 Behälter sind es inzwischen, bis 2028 sollen noch 30 weitere dazukommen. Dann stehen sie erst mal dort, im Brennelemente-Zwischenlager Isar in Niederaichbach. Wie lange, weiß heute niemand.

"Wir werden zur Mitte des Jahrhunderts kein betriebsbereites Endlager haben", sagt Stefan Mirbeth in seinem Büro am Kraftwerksgelände. Er ist der Sprecher der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), die das Lager in Niederaichbach betreibt.

Zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme im Jahr 2007 ging man noch davon aus, dass ab den 2030er-Jahren ein Endlager im niedersächsischen Gorleben zur Verfügung steht, sagt Mirbeth. Für einen Zeitraum von 40 Jahren, also bis ins Jahr 2047, wurde das Zwischenlager in Niederaichbach deshalb genehmigt.

### Die Standort-Frage wird wohl erst zwischen 2046 und 2068 geklärt

Das Endlager in Gorleben ist allerdings vom Tisch und die Bundesgesellschaft für Endlagerung geht davon aus, dass die Entscheidung über einen Standort zwischen 2046 und 2068 fallen wird. Die BGZ bereitet sich deshalb auf eine ver-

längerte Zwischenlagerung an den insgesamt 16 Standorten in Deutschland vor.

Die erste Genehmigung läuft 2034 für das Zwischenlager Gorleben aus. Vor etwa zwei Wochen begann dort das Verfahren für die Verlängerung – eine Blaupause für die weiteren Standorte. Für Niederaichbach soll der neue Antrag Ende der 2030er-Jahre gestellt werden.

### Bisher hat man keine Erfahrung mit einer Verlängerung

Mirbeth betont, dass hinter der ursprünglich festgelegten Betriebszeit von 40 Jahren kein Sicherheitsgedanke steckt, dass etwa nach dieser Zeit der Behälterdeckel nicht mehr funktioniert oder dergleichen. Dennoch: Mit einer verlängerten Zwischenlagerung gibt es bislang keine Praxiserfahrung.

Um Erkenntnisse zu sammeln, untersucht seit 2023 eine BGZ-Forschungsgruppe am Campus der Technischen Universität München in Garching das Langzeitverhalten von bestrahlten Brennelementen.

### Sorge vor Einflüssen von außen

Die langfristige Sicherheit, wenn die Behälter ungestört in der Halle stehen, ist das eine. Seit Russlands Angriff auf die Ukraine wachsen in der Bevölkerung aber Sorgen vor Einflüssen von außen, wie auch Niederaichbachs Bürgermeister Josef Klaus berichtet. Er ist Präsident der Asketa, einer bundesweiten Diskussionsplattform zwischen Bürgermeistern der Kommunen mit kerntechnischen Anlagen. Klaus selbst sehe die Gefahr durch Krieg und Terror für das

Zwischenlager weniger groß – wegen der "gewaltigen Behälter".

### Zusätzliche Betonwand und Rund-um-die-Uhr-Überwachung

Zwar wird die Halle durchgehend überwacht und seit einem nachträglichen Umbau auch durch eine zusätzliche Betonwand geschützt, doch BGZ-Sprecher Mirbeth betont: "Der Behälter ist für uns der entscheidende Faktor." Die Castoren durchlaufen Tests, bei denen sie aus acht Metern in die Tiefe fallen, beschossen und Feuer ausgesetzt werden. Ein Szenario, mit dem Bürger die BGZ immer wieder konfrontieren, ist ein Flugzeugabsturz auf das Lager. "Natürlich wird das Gebäude dem nicht standhalten – aber der Behälter", sagt Mirbeth.

### Nur Abfall aus KKI – übrige Plätze sollen frei bleiben

Sieben solcher, etwa 120 Tonnen schweren Behälter wurden Ende März dieses Jahres aus dem englischen Sellafield per Schiff und Zug nach Niederaichbach transportiert. Bis 2005 hatten deutsche Kraftwerksbetreiber ihre Brennelemente zur Wiederaufbereitung nach England und Frankreich gebracht, Deutschland war gesetzlich verpflichtet, die dabei übrig bleibenden hoch radioaktiven Abfälle wieder zurückzuholen.

Im Gegensatz zu früheren Castor-Transporten durch Deutschland gab es in diesem Frühjahr keine Störaktionen und nur wenige, kleine Proteste. Nach der Ankunft in Niederaichbach wurden auf die Behälter ein zusätzlicher Deckel und Sensoren zur Druckkontrolle montiert,

Anfang August war die Einlagerung samt akribischer Dokumentation komplett abgeschlossen, wie Mirbeth erzählt.

### So ist der weitere Zeitplan für restliche Brennelemente

Bis ins Jahr 2028 sollen noch die verbleibenden Brennelemente aus dem KKI II ins Lager kommen – auf kurzem Weg über das Gleis am Kraftwerksgelände, weite Transporte nach Niederaichbach stehen nicht mehr an. 125 von 152 Stellplätzen sind dann belegt.

Kapazität also für weitere Behälter mit Atommüll, etwa aus anderen Kraftwerken? Das sei ausgeschlossen, sagt Mirbeth. In Niederaichbach sollen nur Abfälle aus dem KKI gelagert werden. Die ungenutzten Stellplätze seien Folge der verkürzten Laufzeit der Atomkraftwerke.

Denn statt 2034 ging das KKI II als eines der letzten Atomkraftwerke in Deutschland im Jahr 2023 vom Netz. Der Rückbau schreitet voran – und die Infrastruktur um das Zwischenlager herum verschwindet. Für die BGZ geht es in den nächsten Jahren darum, autark zu wer-

den. Deshalb laufen gerade Bauarbeiten für neue Funktions- und Wachgebäude, auch eine neue Zufahrt und eine eigene Zaunanlage sind nötig. Rund 60 Millionen Euro plant die BGZ auszugeben.

### Standort-Gemeinden wollen Geld als Kompensation

Das Geld für diese Maßnahmen stammt aus einem von den Kraftwerksbetreibern finanzierten Fonds mit 24 Milliarden Euro, aus dem bundesweit die Zwischenlagerung und später auch die Endlagerung finanziert werden sollen.

Die Gemeinde Niederaichbach und die weiteren Kommunen mit Zwischenlagern in Deutschland fordern seit Jahren, ebenfalls Geld aus diesem Topf zu bekommen: zwei Millionen Euro pro Jahr und Standort als "Anerkennung für die immensen infrastrukturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lasten", die die Kommunen tragen, wie es in einem Thesenpapier der Asketa heißt. Laut Niederaichbachs Bürgermeister sind die Gemeinden im Gespräch mit den zuständigen Bundestagsabgeordneten. "Es ist bekannt und

mittlerweile angekommen", sagt Josef Klaus.

### Forderung: Fristen sollen eingehalten werden

Eine weitere Forderung der Asketa: Dass Fristen für die Endlagersuche möglichst verkürzt und zumindest eingehalten werden. Bei der Führung über das Kraftwerksgelände geht es auch an der von Preussenelektra betriebenen "Be-reitstellungshalle" vorbei.

Darin befinden sich schwach- und mittelradioaktive Abfälle – noch. Denn für diese Materialien ist mit dem Schacht Konrad in Salzgitter (Niedersachsen) inzwischen ein Endlager in Aussicht, das in den frühen 2030er-Jahren in Betrieb gehen soll.

Was die hoch radioaktiven Abfälle angeht, ist man davon noch weit entfernt – und die Sorge vor einem "De-facto-Endlager" in Niederaichbach wächst. BGZ-Sprecher Mirbeth bekräftigt: "Wir werden deutlich länger als zunächst geplant zwischenlagern – aber es ist eine Interimslösung."

Wörter:	1.000	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Matthias Sedlmeier	Visits (VpD) <sup>1</sup> :	251.521
Rubrik:	Bayern	Unique Users (UUpD) <sup>2</sup> :	413.000
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.abendzeitung-muenchen.de/bayern/bei-landshut-zwischenlager-fuer-atommuell-aber-fuer-wie-lange-art-1087616>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 12-2020

## Mehrheit sieht Zwischenlager gelassen

Laut einer Umfrage empfinden die meisten Menschen rund ums GKN die Lagerung atomarer Abfälle in ihrer Nähe als wenig riskant

NECKARWESTHEIM Die Menschen rund um das Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Neckarwestheim blicken überwiegend gelassen auf ihren ungewöhnlichen Nachbarn: Fast 60 Prozent empfinden die Lagerung der Abfälle als wenig oder gar nicht riskant. Das zeigt eine aktuelle Umfrage der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung, die alle zwei Jahre an ihren Standorten durchgeführt wird.

Im Vergleich zur ersten Befragung im Jahr 2023 hat sich die Wahrnehmung vor Ort leicht verbessert. Nur noch 26 Prozent der Befragten sehen im Zwischenlager ein „ziemlich hohes Risiko“, zuvor waren es 28 Prozent. Damit liegt die Region beim Sicherheitsgefühl leicht über dem Bundesdurchschnitt. Dort erkennt ein Drittel der 3600 Befragten im Zwischenlager ein „ziemlich hohes Risiko“, aber auch bundesweit hält mehr als die Hälfte die Aufbewahrung der radioaktiven Abfälle für ein geringes oder gar kein Risiko.

Zuständigkeiten Zugleich bleibt das Vertrauen in die staatliche Verantwortung stabil: Zwei Drittel (66 Prozent) der Befragten rund um Neckarwestheim begrüßten, dass die Zwischenlagerung in der Hand eines bundeseigenen Unternehmens liegt – bundesweit teilen knapp 70 Prozent diese Ansicht. Auch das Wissen über die Zuständigkeiten wächst: 38 Prozent der Befragten wussten, dass die BGZ die Anlage im Auftrag des Bundes betreibt, ein leichter Anstieg gegenüber dem Wert von vor zwei Jahren.

Die Umfrage liefere aktuelle Informationen zum Wissensstand und Stimmungsbild der Bürger an den Standorten, sagt die Vorsitzende der BGZ-Geschäftsführung, Bettina Hesse. „Mit der zweiten Auswertung ergibt sich ein noch detaillierteres Bild, das wir durch weitere Umfragen in den kommenden Jahren ergänzen wollen.“ Die BGZ werde die Ergebnisse in ihre Arbeit einfließen lassen. „Uns als Unternehmen

ist ein gutes Miteinander mit unseren Nachbarn an den Standorten extrem wichtig. Grundlage dafür ist Transparenz und Information darüber, was die BGZ an ihren Zwischenlager-Standorten tut“, betont Hesse. Nur dies schaffe echtes Vertrauen.

Informationen Genau diese sachliche Informationspolitik wünschen sich auch Bürger: Die Mehrheit der Befragten gab an, dass Mitteilungen zur Zwischenlagerung „verständlich und nüchtern“ aufbereitet sein sollten. Unter denjenigen, die sich bereits näher mit dem Thema beschäftigt haben, halten mehr als 70 Prozent die bisherigen Informationen für glaubwürdig und nachvollziehbar. In der aktuellen Erhebung befragte das unabhängige Institut Aproxima 3600 Menschen im Umkreis von 25 Kilometern um 16 Zwischenlager, darunter 200 im Raum Neckarwestheim.

Wörter:	379	Ausgabe:	Hauptausgabe
Autor/-in:	Von unserem Redakteur Martin Peter	Auflage <sup>1</sup> :	10.278 (gedruckt) 13.991 (verkauft) 14.329 (verbreitet)
Seite:	21	Reichweite <sup>2</sup> :	0,0504 (in Mio)
Ressort:	REGION		
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Heilbronner Stimme GmbH und Co. KG

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 07/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025